

Eine Anti-Atom-

Bewegung

In ihrem Fortschrittsglauben waren sich die Systeme in der DDR und in der BRD überraschend ähnlich: Sie setzten beide auf die Atomtechnologie. Und in beiden Systemen geriet der Ausbau der Technologie an ihre Grenzen – in der BRD aufgrund starker Proteste und in der DDR aufgrund unzureichender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Der Systemvergleich zeigt aber auch die transformative Kraft von Umweltthemen in beiden Systemen: in der BRD führte die Anti-Atom-Bewegung zu einer Demokratisierung der Gesellschaft – in der DDR war die Umweltbewegung ein entscheidender Baustein, der zum Untergang des Systems beitrug.

Ein Vergleich der westdeutschen Anti-Atom-Bewegung mit der Umweltbewegung der DDR ist nur in sehr abstrakter Weise möglich. In der DDR fehlte die Möglichkeit gemeinsamen Handelns im öffentlichen Raum fast vollständig und somit fehlten auch die Rahmenbedingungen, die Wyhl in der BRD zum Symbol einer entstehenden Anti-Atom-Bewegung werden ließen. Wyhl steht für die Debatte um

die Nutzung der Atomenergie im öffentlichen Raum – eingebracht durch zivilen Ungehorsam wie bei der Bauplatzbesetzung – und für die Entstehung einer kollektiven Identität der westdeutschen Protest-Bewegung. In der DDR war dies unvorstellbar. Um den Unterschied in den Systemen auf den Punkt zu bringen: Die Bewegungen in beiden Staaten kannten das Strafgesetzbuch – wo die westdeutsche Bewegung die Grenzen durch zivilen Ungehorsam überschritt, hielt die DDR-Umweltbewegung diese Grenzen strikt ein. Oder noch dezidierter: Wo Teile der westdeutschen Bewegung den „Atomstaat“ stürzen wollten, ihn aber stattdessen transformierten, stürzte die ostdeutsche Umweltbewegung maßgeblich das System, das sie eigentlich transformieren wollte.

Im Folgenden soll zunächst auf die Entwicklung der Atomwirtschaft in der DDR eingegangen werden. Danach werden gesellschaftliche Rahmenbedingungen erläutert sowie die Entwicklung der Umweltbewegung in der DDR dargestellt, und exemplarisch werden einige Protestaktionen veranschaulicht.

Kommunismus sei „Sowjetmacht plus Elektrifizierung“, erklärte Wladimir Iljitsch Lenin im Jahr 1920. Der marxistische Philosoph Ernst Bloch ergänzte in seinem Hauptwerk „Das Prinzip Hoffnung“, das zunächst ab 1954 in der DDR erschien, die Atomenergie schaffe „aus Wüste Fruchland, aus Eis Frühling. Einige hundert Pfund Uranium und Thorium würden ausreichen, die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden zu lassen, Sibirien und Nordamerika, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln“.¹

Die Zukunft der Atomtechnologie begann bereits 1946, also vor der Gründung der DDR, als in Sachsen und Thüringen große Uranvorkommen entdeckt und deren Abbau vorbereitet wurde. Die in der sowjetischen Besatzungszone gegründete Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut entwickelte sich zum weltweit viertgrößten und für die Sowjetunion wichtigsten Uranlieferanten. Bis zum Jahr 1953 stammten rund 60 % des Urans des sowjetischen Atomprogramms von der SDAG Wismut mit rund 200.000 Beschäftigten.

in der
DDR?!

**01 – Unternehmenssitz der Wismut
AG in Chemnitz (bis 1990)**

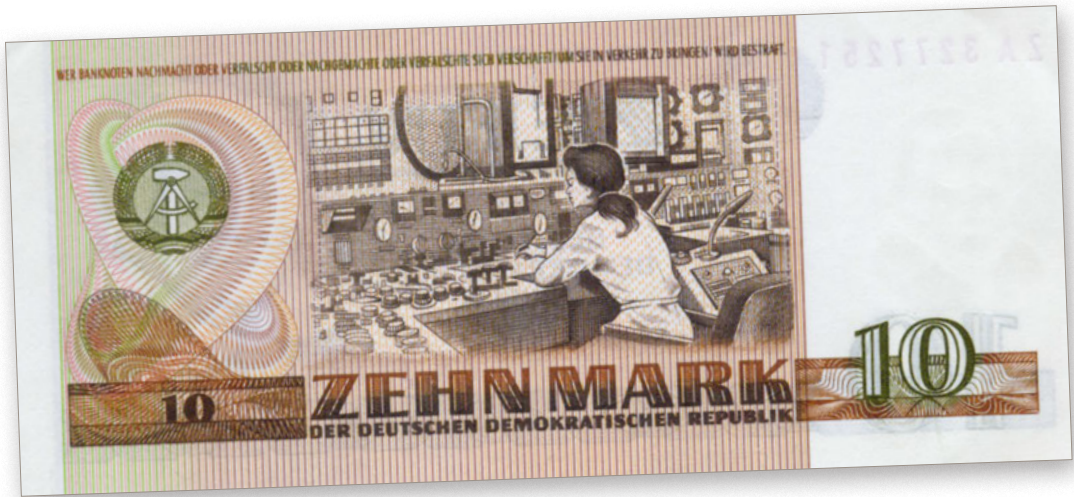


02 – Einweihung des Rossendorfer Forschungsreaktors (1957)



Besonders zu Beginn der Tätigkeit wurden zahlreiche Arbeitskräfte zwangsverpflichtet – allein in den ersten drei Jahren flohen rund 50.000 von ihnen (überwiegend in den Westen). Die erste sowjetische Atombombe wurde am 29. August 1949 im heutigen Kasachstan bei Semipalatinsk gezündet – verwendet wurde dort Plutonium, das u.a. aus dem Uran der Wismut gewonnen wurde.

Bis in die 1960er Jahre verliefen die Entwicklungen der Atomtechnologie in DDR und BRD relativ parallel. Zunächst war es beiden Staaten aufgrund des Kontrollratsgesetzes der Alliierten vom Mai 1946 bis ins Jahr 1955 verboten, eigenständige kerntechnische Forschungen und Entwicklungen zu betreiben. Das änderte sich danach schlagartig: bereits 1957 nahm der Forschungsreaktor in Garching bei München den Betrieb auf und fast zeitgleich wurde der Forschungsreaktor Rossendorf (bei Dresden) in Betrieb genommen.



Die Zukunft der Atomenergie in der DDR sollte somit zunächst im Wettbewerb gegen die BRD errungen werden: „Auch der Aufbau unseres Atomkraftwerks ist eine Schlacht gegen den Imperialismus, in der wir alle Reserven aufbringen müssen“², heißt es zum Bau des ersten Atomkraftwerks der DDR in Rheinsberg (70 MW), welches 1966 in Betrieb ging.

Zur angeblich leuchtenden Zukunft des Atomkraftwerks gesellten sich aber schon bald realsozialistische Probleme. So schreibt die Kraftwerksleitung 1966: „Die äußere Umzäunung entspricht nicht den Anforderungen zur Gewährleistung der Sicherheit. Der morsche und teilweise verfaulte Holzzaun stellt kein Hindernis zum unbefugten Betreten des Geländes dar. [...] Die täglich durchzuführenden Reparaturen sind nicht mehr unter Kontrolle zu bringen. Das Volkspolizei-Kommando ist infolge der Besetzungsschwierigkeiten nicht in der Lage, das Werksgelände durch erhöhte Streifenfälligkeit abzusichern“³, und die Chefsekretärin erinnert sich: „Wir wollten immer eine Mauer haben, aber das Geld für Investitionen war knapp. Erst als das Unglück in Harrisburg war, haben sie auf die Mauer gedrängt.“⁴ Später wurde auch eine doppelte Mauer mit Sicherheitsschleuse errichtet.

Das zweite Kernkraftwerk der DDR („Bruno Leuschner“) wurde in Lubmin bei Greifswald errichtet und ging 1974 ans Netz. Bis 1990 wurden nach und nach zusätzliche Reaktorblöcke (je 440 MW) hinzugefügt und bis 1995 sollten es insgesamt acht Blöcke werden. Beim Bau der Reaktoren kam es zu starken Verzögerungen, u.a. auf Grund von betriebswirtschaftlichen Fehlkalkulationen und auf Grund der gestiegenen Sicherheitsbestimmungen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl im Jahr 1986. So begründete die Staatliche Plankommission 1989 die Verzögerungen beim Bau in einem Schreiben an das zuständige ZK-Mitglied Günter Mittag: „vor allem in der unzureichenden Qualität der Projekte des sowjetischen Generalprojektanten, die wegen begründeter Sicherheitsanforderungen der zuständigen Kontrollorgane der DDR überarbeitet werden mußten.“⁵

In Stendal sollte das damals größte Atomkraftwerk der Welt nahe der innerdeutschen Grenze mit mehr als 4.000 MW gebaut werden. Die ursprünglich für 1980 geplante Fertigstellung verzögerte sich aber immer wieder, anscheinend waren sowohl die Sowjetunion als auch die DDR nicht (mehr) in der Lage, die notwendigen technischen Komponenten zu liefern. Zum Ende der DDR wurde der Termin der Fertigstellung mit 1991 bis 1996 angegeben.

Trotz der Rückschläge beim Bau der Atomreaktoren plante die DDR weitere Atomkraftwerke. Die zukünftigen Kraftwerke wurden nur IV und V genannt, der letzte zuständige DDR-Minister Sebastian Pflugbeil erinnert sich, dass das Projekt „IV“ in Börlin / Ortsteil Schwarzer Kater rund 40 km vor Leipzig errichtet werden sollte. Mit insgesamt 5.200 MW Leistung wäre es dann das „allergrößte“ Atomkraftwerk der Welt geworden.

Der Ausbau der Atomenergie schien für die DDR energiepolitisch absolut notwendig, denn sie war stark von der Braunkohleverstromung abhängig. Im Jahr 1980 stammten rund 76 % des Stroms aus der Braunkohle – und rund 12,7 % aus der Atomenergie. Die Atomenergie sollte den gesamten Zuwachs an Energieerzeugungskapazitäten ab den 1990er Jahren bereitstellen. Abgebrannte Brennelemente wurden in die Sowjetunion zurück geliefert; schwach- und mittelradioaktive Stoffe wurden im Endlager Morsleben eingelagert.

Die Auswirkungen der nuklearen Anlagen sind umstritten. Zumindest die menschlichen und finanziellen Kosten des Uranbergbaus waren gewaltig. Allein bei der SDAG Wismut wurden zwischen 1951 und 1990 mehr als 30.000 Fälle an Berufskrankheiten anerkannt, darunter waren rund 15.000 Fälle von Staublunge (Silikose) und 5.300 Fälle von Lungenkrebs.⁶ Seit 1991 kamen mindestens 4.200 anerkannte Krebsfälle und 3.000 Silikosen hinzu.⁷ Die Abraumhalden mit 311 Mio. m³ schwach radioaktiven Abfällen sowie 160 Mio. m³ radioaktiven Schlämmen in dicht besiedelten Gebieten wurden nach der politischen Wende bis heute überwiegend saniert. Die Kernsanierung soll bis 2028 abgeschlossen sein mit Kosten von insgesamt rund neun Milliarden Euro.⁸

Der Betrieb des Kernkraftwerks Rheinsberg und des Kernkraftwerks in Greifswald wurde im Sommer 1990 eingestellt und der Bau des Kernkraftwerks in Stendal abgebrochen. Hintergrund waren sowohl wirtschaftliche Gründe als auch Erwägungen hinsichtlich Sicherheit und Umweltverträglichkeit.⁹ Das Endlager Morsleben wurde durch die Bundesrepublik weiter genutzt und radioaktive Reststoffe wurden bis 1998 eingelagert.

Die Umweltbewegung der DDR

In der DDR waren Umweltprobleme alltäglich und fast überall zu erleben. Möglichkeiten der politischen Problematisierung, der öffentlichen Meinungsäußerung oder des rechtlichen Vorgehens existierten aber nicht. In der DDR herrschte in den 1980er Jahren eine völlig abgeschlossene Realität: eine freie kritische Meinungsäußerung war faktisch nicht möglich, nicht-staatliche Demonstrationen waren verboten, die DDR-weiten Medien berichteten nur über Umweltprobleme in Westdeutschland, lokale Umweltprobleme wurden nur gelegentlich und in stark beschönigender Form erwähnt, Beschwerden waren nur in Form von Eingaben an staatliche Stellen möglich, Umweltdaten waren ab 1982 geheime Verfassungssache, eine Verwaltungsgerichtsbarkeit existierte nicht, die politische Justiz war (wenn eingeschaltet) unberechenbar und die Staatssicherheit – real oder als Drohung – allgegenwärtig.

Die gegen Ende der 1970er Jahre in der DDR – überwiegend im kirchlichen Kontext – entstehende nicht-staatliche Umweltbewegung setzte dem die Überzeugung entgegen, dass ein christlicher Blick auf Umweltprobleme nie nur ein hoffnungsloser sei, sondern auch zur verändernden Tat werde.¹⁰ Martin Kühne von der Umweltgruppe Cottbus (UGC) berichtet beispielsweise, dass er überraschend lange daran glaubte, dass die staatlichen Stellen nur besser über die Probleme informiert werden müssten, um die Probleme angesichts der allgegenwärtigen Mangelwirtschaft wenigstens schrittweise abzustellen. Und er selbst war lange Zeit davon überzeugt, dass ein Sozialismus mit menschlichem Antlitz möglich sei.

Zu Fragen des Umweltbewusstseins oder der Wahrnehmung von Umweltproblemen gab es in der DDR keinerlei repräsentative Untersuchungen der Gesamtbevölkerung. Einige Indizien deuten aber darauf hin, dass es ab den 1970er Jahren ein verstärktes Umweltbewusstsein in der Bevölkerung gab. Eine nicht-öffentliche repräsentative Studie des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig mit 1.900 Jugendlichen offenbart dazu aber dramatische Zahlen: rund 58 % der Jugendlichen sahen die Erhaltung der natürlichen Umwelt pessimistisch – und dies galt sowohl für Jugendliche, die sich der DDR stark verbunden fühlten

(44 %) als auch für Jugendliche, die dem Staat fernstanden (73 %).¹¹

Die Umweltbewegung in der DDR bestand überwiegend aus kleinen kirchennahen Gruppen, die durchaus nicht homogen waren und sich seit Beginn der 1980er Jahre zunehmend aus Jugendlichen rekrutierten. Gemeinsam war den Gruppen häufig, dass sie sich auch mit Friedens- und Menschenrechtsfragen beschäftigten, was aus Sicht des Staates ein „politisch abweichendes Verhalten“ darstellte.¹² Auf Grund internationaler Verpflichtungen konnten und wollten Staat und Staatssicherheit aber nicht offenkundig massiv repressiv gegen kirchliche Gruppen vorgehen.

Zum intellektuellen Zentrum der Umweltbewegung wurde ab den 1970er Jahren das Kirchliche Forschungsheim in Wittenberg, das 1980 zunächst die Dokumentation „Die Erde ist zu retten“ herausgab, die den Bericht des „Club of Rome“ aus dem Jahr 1972 auf die Verhältnisse in der DDR anwandte. Eine folgende Ausstellung „Mensch und natürliche Umwelt“ soll bereits innerhalb eines Jahres in verschiedenen Kirchen rund 20.000 Menschen erreicht haben. Ab 1981 wurde die Umweltzeitschrift „Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde“ herausgegeben, welche ihre Auflage von anfänglich 400 auf 4.000 Exemplare steigerte.¹³ 1988 erschien beim Forschungsheim das vielbeachtete 60-seitige Heft „Pechblende – der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen“ von Michael Beleites, das auf nur illegal möglichen Recherchen basierte.

Auch wenn die Anzahl an Publikationen einen Achtungserfolg darstellt, so zeigen sie auch, dass die nicht-staatlichen Umweltgruppen die insgesamt 17 Millionen Einwohner medial kaum erreichten und die starke Wahrnehmung der Umweltproblematik eher aus der Lebenswelt der Bevölkerung heraus resultierte. Die Wahrnehmung der Menschen richtete sich also vor allem auf sichtbare Umweltrisiken wie die Belastung durch Abgase, Staub oder Müll – radioaktive Gefahren hingegen blieben unsichtbar und deshalb auch nicht wahrnehmbar. Anekdotenhaft sei dies an der Geschichte eines Physiklehrers beim AKW Rheinsberg verdeutlicht: „Eine Attraktion war, Silvester zum Atomkraftwerk zu laufen und im 18 Grad warmen Wasser des Auslaufkanals zu baden.“¹⁴

Ulrich Beck schreibt dazu in der „Risikogesellschaft“: „Risiken, wie sie in der fortschrittlichsten Stufe der Produktivkraftentwicklung erzeugt werden – damit meine ich in erster Linie die sich dem unmittelbaren menschlichen Wahrnehmungsvermögen vollständig entziehende Radioaktivität, aber auch Schad- und Giftstoffe in Luft, Wasser, Nahrungsmittel [...] setzen systematisch bedingt, oft irreversible Schädigungen frei, bleiben im Kern meist unsichtbar, basieren auf kausalen Interpretationen, stellen sich also erst im [...] Wissen um sie her, können im Wissen verändert, verkleinert oder vergrößert, dramatisiert oder verharmlost werden und sind insofern in besonderem Maße offen für soziale Definitionsprozesse. Damit werden Medien und Positionen der Risikodefinition zu gesellschaftlich-politischen Schlüsselstellungen.“¹⁵

Gerade über solche Medien und Schlüsselstellungen verfügte die nicht-staatliche Umweltbewegung in der DDR aber kaum – und konnte die Risikowahrnehmung zur Kernenergie somit zunächst auch nur in geringem Maße beeinflussen. Das sollte sich mit der Katastrophe von Tschernobyl ändern.

Zur Atomenergie in der DDR arbeiteten einige kleinere Umweltgruppen, so in Menz (bei Rheinsberg) und in Greifswald sowie in Stendal und Cottbus. Wie schon angedeutet können öffentliche Proteste hier – anders als in Westdeutschland – aber nicht als Gradmesser des Umweltbewusstseins angesehen werden, da sie im öffentlichen Raum zu verpuffen drohten und somit für viele Gruppenmitglieder zu riskant erschienen.

Die erste bekannte größere Protestaktion gegen die Atomkraft auf dem Boden der DDR fand am 27. Januar 1982 statt, kurioserweise aus Protest gegen den Baubeginn des Zwischenlagers in Gorleben: 100 Frauen und Männer aus dem Wendland ließen sich auf der Wiese vor dem Grenzzaun, im „Niemandsland“ zwischen der BRD und der DDR nieder. Der besetzte Grenzstreifen gehörte zur DDR, für den Bundesgrenzschutz war es nicht möglich, das Gelände zu betreten. Von beiden Seiten wurden die Demonstrierenden eindringlich aufgefordert, das Gelände unverzüglich zu verlassen. Diese warteten jedoch ab, bis ihre Besetzung die Gorleben-Pläne in die Weltpresse brachte.

Das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) suchte anfangs noch das Gespräch mit Kritiker:innen: „Wenn auch interessengebunden, so stellte das Amt im Grundsatz deren gute Absicht nicht in Frage. Lediglich wegen ihrer Wirkung auf die öffentliche Meinung sahen die Mitarbeiter des SAAS insbesondere in Magdeburg wegen der Nähe zum Kernkraftwerksstandort Stendal Gefahren.“¹⁷

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gab es zunehmend Eingaben und Unterschriftensammlungen gegen die weitere Nutzung der Atomkraft in der DDR. Den Appell der Friedens- und Ökobewegung „Tschernobyl wirkt überall“ unterzeichneten 141 Personen. Mehr als 1.000 Bürgerinnen und Bürger unterstützten mit ihrer Unterschrift die Forderung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ nach einer Volksabstimmung über den weiteren Ausbau der Kernenergie.¹⁸

Auch der Protest gegen das im Bau befindliche Atomkraftwerk in Stendal wuchs zum Ende der DDR an. Malte Fröhlich vom Friedenskreis Stendal schildert, wie die Gruppe im Jahr 1987 Flugblätter und kleine Druckschriften vervielfältigte: „Nach mehrfach wiederholten Verteilaktionen unserer kleinen Karten, zahlreicher Eingaben usw. kam es zu zahlreichen Verhaftungen und Befragungen durch Polizei und Staatssicherheit. Es gab Wochen, in denen ich vier derartige Verhöre jeweils nach der Arbeit hatte, den anderen Mitstreitenden erging es nicht anders.“ Die Protestaktionen des Friedenskreises wurden auch durch den Anti-Atom-Widerstand aus dem Wendland auf der Westseite unterstützt, so gab es den „kleinen Grenzverkehr“, bei dem Flugblätter und Bücher in die DDR geschmuggelt wurden.



04 – Demonstration an der innerdeutschen Grenze bei Gorleben (1982)

Auf dem Weg zur 1. Mai-Kundgebung im Jahr 1988 wurde Malte Fröhlich gestoppt: Er hatte ein kleines Plakat dabei: „Ich habe Angst vor dem AKW Stendal“. Malte Fröhlich: „Es war ein spannendes Verhör über Stunden, in dem es weder den Polizisten noch den herbeigeholten Stasioffizieren gelang, mir die Rechtswidrigkeit meiner öffentlich geäußert wollenden Angst darzulegen. Sie konstruierten dann ein mangelndes Vertrauen in die Staatsführung. Mussten dann aber eingestehen, dass ein noch so großer Mangel an Vertrauen wohl kaum rechtswidrig sein könne. Eigentlich hatte ich eher Angst, aber das war ein Verhör, bei dem ich mich köstlich amüsiert habe und dies auch zum Ausdruck brachte. Sie wurden immer hilfloser.“

Dem Friedenskreis Stendal gelang dann im Wendejahr 1989 auch eine Sitzblockade mit zwölf Menschen vor der AKW-Baustelle. Vorangegangen war ein Training in der Bildungsstätte für gewaltfreie Aktion im Wendland. Fröhlich: „Am 7. Oktober 89 war es soweit. Das erinnere ich noch so genau, weil wir uns damals darauf vorbereiteten, Polizisten und Soldaten mit Schießbefehl gegenüber zu stehen und trotzdem handlungsfähig zu bleiben.“ Am Ende waren es aber nicht Volkspolizisten, sondern Bauarbeiter, die die Blockierenden aggressiv angingen, so Fröhlich. Aufbauend auf diese Proteste fand am 3. Februar 1990 dann die erste „deutsch-deutsche Anti-Atom-Demonstration“ in Gorleben statt.

Zu einer zentralen Figur bei der Information über Risiken der „friedlichen“ Nutzung der Atomenergie wurde nach der Katastrophe von Tschernobyl der Physiker Sebastian Pflugbeil. Im Auftrag des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR arbeitete er an einer Studie über Probleme der Kernenergiepolitik in der DDR mit und wurde zum gefragten Experten. Beispielsweise hielt er im Mai 1987 einen Vortrag in Cottbus / Chósebus. Martin Kühne erinnert sich: „Streng wissenschaftlich und mit umfangreichem Zahlenmaterial analysierend verdeutlichte Pflugbeil, dass die Atomenergienutzung für das künftige Energieprogramm der DDR nach 1990 verzichtbar sei. Ganz natürlich mussten seine Darlegungen auch zur Frage einer umweltbewussten Lebensweise führen, die uns in der Umweltgruppe sehr am Herzen

lag. Am 23. Juni 1988 veranstaltete die UGC schließlich einen enorm stark besuchten Schlosskirch-Abend – ganz im Sinne eines Honecker-Zitats jener Zeit (,Atomenergie – nicht das letzte Wort‘), u.a. mit dem Ziel eine von unten geplante Volksbefragung zur weiteren Nutzung der Kernenergie und einem starken Ausbau der erneuerbaren Energien vorzubereiten. Entsprechend hoch war der staatliche Druck im Vorfeld und am Veranstaltungstag. Als Moderator wurde ich mehrfach vom hauptamtlichen Stasi-Vertreter meines Instituts für Kraftwerke in Vetschau dazu befragt. Statt eines Verbots bediente man sich allerdings ‚weicherer‘ Mittel, entsandte Gruppen von Mitarbeitern aus dem Kombinat Braunkohlenkraftwerke, schickte eine ganze Delegation der Cottbuser CDU dorthin und versuchte dann ziemlich erfolglos mit ellenlangem ‚Ko-Referat‘ eine offene Diskussion zu verhindern.“ Nach der Wende stellte Sebastian Pflugbeil ab Februar 1990 als Minister ohne Geschäftsbereich der DDR für die Volkskammer ein Dossier über die Atomkraftwerke zusammen, welches zahlreiche Probleme offenbarte und die Abschaltung der Atomkraftwerke der DDR mit einleitete.

Die Ereignisse in Wyhl führten zur Entstehung und Verstetigung einer westdeutschen Anti-Atom-Bewegung, die in der Öffentlichkeit wirkte und somit als Teil einer diskursiven politischen Aushandlung verstanden werden kann. Bücher wie „Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl der Anfang?“¹⁹ oder „Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends“²⁰ wurden durch staatliche Publikationen wie den Bericht des Bundesministers für Forschung und Technologie „Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken“ (1975) beantwortet.

In der DDR führten diese Vorgänge zu keiner bekannten direkten Resonanz. In der DDR fehlte die kollektive Erfahrung, die eine zivilgesellschaftliche Bewegung ausmacht, vollständig. Solche Unterschiede sind in der Umweltbewegung auch heute noch präsent: so wird ziviler Ungehorsam im Westen als deutlich legitimer empfunden als in Ostdeutschland, wo die Umweltbewegung – aus historischen Gründen – immer noch stark der Legalität verpflichtet ist und diese auch nach der DDR zu schätzen weiß.



Hans-Helmut Wiüstenhagen

Bürger gegen Kernkraftwerke

Wuhl - der Anfang?

27
1339

Anmerkungen

- 1
Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1959, S. 775.
- 2
Gröschner, Annett: Erinnerung an eine strahlende Zukunft. Mit Fotografien aus dem Archiv des Kernkraftwerks Rheinsberg, Berlin: Kontextverlag 2003 (Rheinsberger Bogen; 9), S. 37.
- 3
Ebd., S. 107.
- 4
Ebd.
- 5
Stinglwagner, Wolfgang: Die Energiepolitik der DDR und ihre wirtschaftlichen und ökologischen Folgen, in: Kurth, Eberhard (Hg.): Am Ende des realen Sozialismus Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, Bd. 4, Opladen: Leske + Budrich 1999, S. 190–224, hier: S. 194.
- 6
Karlsch, Rainer: Uran für Moskau – Die Wismut – eine populäre Geschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2007, S. 104.
- 7
Erices, Rainer: Mehr als eine Milliarde Euro Entschädigung für Wismut-Kumpel, in: mdr, online, 2021: <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/wirtschaft/wismut/lungenkrebs-siliko-se-berufskrankheit-strahlung-entschaedigung-100.html>, Zugriff: 10.11.2022.
- 8
Wismut: Weitere 2,1 Milliarden Euro für Uranbergbausanierung, in: dpa Thüringen, 2021: online: <https://www.zeit.de/news/2021-02/17/wismut-weitere-21-milliarden-euro-fuer-uranbergbausanierung>, Zugriff: 10.11.2022.
- 9
Stinglwagner: Energiepolitik, S. 195.
- 10
Stief, Martin: „Stellt die Bürger ruhig“: Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2019 (Analysen und Dokumente; 55), S. 132.
- 11
Lange, Günther: Das staatsbürgerliche Bewußtsein der Jugendlichen. Leipzig: Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) 1989 (online: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-402964>), S. 41.
- 12
Halbrok, Christian: Die unabhängigen Umweltgruppen der DDR, Bundeszentrale für politische Bildung 2011: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/61423/die-unabhaengigen-umweltgruppen-der-ddr/>
- 13
Stief: „Stellt die Bürger ruhig“, S. 133ff.
- 14
Gröschner: Erinnerung, S. 11.
- 15
Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1986, S. 29f. Hervorhebungen im Original.
- 16
Die folgende Zusammenstellung an Protestereignissen basiert unter anderem auf den Arbeiten von Wolfgang Ehmke und den Arbeiten des Autors für das Buch: „Ziviler Ungehorsam schaltet Deutschlands Atomkraft AUS! – Eine historische Bewegung und die Kultur des Widerstands“ (2022) sowie auf Interviews, die vom Autor durchgeführt wurden.
- 17
Abele, Johannes: Kernkraft in der DDR. Zwischen nationaler Industriepolitik und sozialistischer Zusammenarbeit 1963–1990, Dresden: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden 2000 (online: http://www.hait.tu-dresden.de/dok/bst/Heft_26_Abele.pdf), S. 96.
- 18
Ebd., S. 99.
- 19
Wüstenhagen, Hans-Helmut: Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl der Anfang?, Reinbek bei Hamburg: rowohlt 1975.
- 20
Gladitz, Nina (Hg.): Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends, Berlin: Wagenbach 1976.

Abbildungen

01:
Wismut-Unternehmenssitz in Chemnitz
(bis 1990)
Foto: Norbert Kaiser, 2008 (CC BY-SA 3.0,
wikimedia commons: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Chemnitz_Bundesknappschaft_\(01\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Chemnitz_Bundesknappschaft_(01).jpg))

02:
Einweihung des Forschungsreaktors Dresden-Rossendorf am 16.12.1957
Bundesarchiv, Bild 183-51829-0004

03:
Rückseite der 10-Mark-Banknote der DDR
(ab 1971)
Privatsammlung

04:
Demonstration an der innerdeutschen Grenze bei Gorleben 1982
Gorleben-Archiv

05:
Wüstenhagen, Hans Helmut: Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl der Anfang? Reinbek: rowohlt 1976
WLB Stuttgart: 27/1339